

„Das ist ein Unding“

BNN
27.02.2016

Kreistag beklagt landesweite ungleiche Verteilung der Flüchtlinge

Von unserem Mitarbeiter
Klaus Müller

Ettlingen. „Ich möchte endlich einmal cash sehen.“ Dass es bei der Forderung von Landrat Christoph Schnaudigel um eine Menge Geld geht, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Einschließlich des laufenden Jahres, so die Berechnungen des Landratsamtes, stehen (seit 2014) noch rund 35 Millionen Euro aus, die das Land für die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften (GU) dem Landkreis zahlen müsste. Das Land, bemerkte dazu Schnaudigel, habe ja die „Spitzabrechnung“ versprochen.

Diese Zahlen gehören zu dem umfassenden Zahlenwerk, das die Verwaltung dem Kreistag bei seiner jüngsten Sitzung in Ettlingen vorstellte. Um im aktuellen Jahr zu bleiben: Das Landratsamt geht davon aus, dass bis Ende 2016 knapp 10 000 Plätze für Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften eingerichtet werden müssen. Derzeit sind es rund 5 000 Plätze. Schnaudigel rechnet mit einem Kostenaufwand von 88,6 Millionen Euro, der – im Idealfall – vom Land erstattet werden sollte.

Jetzt könnte man sagen, es gehe beim Thema Flüchtlinge nicht um Zahlen, sondern um Menschen. Dennoch, so die

vorherrschende Meinung im Kreistag, seien konkrete Zahlen wichtig, um sich überhaupt einmal einen handlungsweisenden Überblick zu verschaffen.

Dass dabei dann auch Erkenntnisse herauskommen, die für Ärger und Verdross sorgen, darf angenommen werden. Beispiel Verteilung von Asylbewerbern in Landeserstaufnahmestellen: 70 Prozent aller Flüchtlinge sind laut des von Schnaudigel präsentierten Zahlenwerks im Bereich des Regierungspräsidiums



Karlsruhe untergebracht; 30 Prozent im Rest des Landes. „Das ist ein Unding“, so Schnaudigel.

Und eine weitere Zahl, die Johannes Arnold (Freie Wähler) einbrachte, ließ die meisten Kreisräte mit dem Kopf schütteln: Von 44 Stadt- und Landkreisen im Land Baden-Württemberg hätten 13 nicht die Quote erfüllt – mehr noch, sie liegen weit darunter. Allein im Landkreis Ludwigsburg gebe es eine „Unterdeckung“ von über 1 300 Personen. All das geschehe auf Kosten der

Landkreise, die – wie der Kreis Karlsruhe – ihre Aufgaben erfüllten. Auf Antrag der Freien Wähler, der die große Mehrheit des Gremiums fand, soll Schnaudigel mit dem Land über eine gerechtere Verteilung verhandeln.

Dass der Flüchtlingsstrom auch 2016 nicht abreißen wird, steht für den Landrat außer Frage. „Wir brauchen weitere Gemeinschaftsunterkünfte.“ Zurzeit sind es über den Landkreis verteilt 40, Ende des Jahres dürften es 80 sein. Und anschließend (spätestens nach zwei Jahren GU) folgt die Anschlussunterbringung (AU – eine Aufgabe der Kommunen). Die Folgen, so Schnaudigel: Erhöhte Sozialkosten, erhöhte Ausgaben des Landratsamtes und ein weiterer Anstieg der Kreisumlage (bezahlt von den 32 Landkreismunicipalitäten), um das alles finanzieren zu können. Spätestens an diesem Punkt sei der Bund gefragt – Berlin müsse mehr Mittel für die Sozialausgaben bereitstellen.

Immerhin, so die positive Nachricht, scheint das Land die Sorgen und Nöte der Landkreise ernst zu nehmen. In einem Schreiben an das Landratsamt beauftragte Ministerpräsident Winfried Kretschmann sinngemäß die Forderung der Spitzabrechnung. Was in Teilen noch fehlt? „Cash.“